

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für Maßnahmen zur Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen
(Förderrichtlinie KiQuTG - Handlungsfeld 3 Fachkräftegewinnung)
Hier: Integrierte Qualifizierung in sozialpädagogische Arbeitsfelder – IQsA**

Die Senatorin für Kinder und Bildung
Referat 31 – 31-16
Rembertiring 8-12
28195 Bremen

arne.busch@kinder.bremen.de

1. Antragsteller:in

Name des Trägers / Elternvereins	
Postanschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort) Vollständige Postanschrift angeben	
Ansprechperson Person die für die IQsA-Maßnahme zuständig ist	
IBAN Korrekte IBAN angeben, muss mit IBAN im Mittelabruf übereinstimmen	
Telefonnummer	E-Mail Der zuständigen Ansprechperson

2. Fördervoraussetzungen

2.1. Zuwendungszweck

Die Förderung dient der Gewinnung und Sicherung von Fachkräften in der Kindertagesbetreuung in Bremen.

Die hier beantragten Mittel stehen für die Qualifizierung von Quereinsteiger:innen im Rahmen einer vergüteten, berufsbegleitenden integrierten Qualifizierung in sozialpädagogische Arbeitsfelder (IQsA) zur Verfügung. Die Dauer der praktischen Qualifizierung beträgt 12 Monate.

2.2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Personen mit im Ausland erworbenem (sozial-)pädagogischen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss¹ in der Fachrichtung Lehramt für die Altersgruppe 0 – 12 Jahre² oder Personen, die nachweislich in ihrer Berufstätigkeit mindestens für ein Jahr Kinder zwischen 0 und 12 Jahren zum selbständigen Umgang mit Menschen sowie zu sozialer Verantwortung außerhalb der Familie ge-

¹ Im Ausland erworbene Universitäts- / Fachhochschulabschlüsse mit Zeugnisbewertung und Beschreibung der jeweiligen Qualifikation durch die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB); Ersatzweise gilt als Nachweis auch eine entsprechende Dokumentenprüfung durch die zuständigen Behörden für die Anerkennung im Ausland erworbener beruflicher Qualifikation.

² Der Altersbezug kann durch eine mindestens 3-jährige einschlägige Berufserfahrung in der Arbeit mit Kindern von 0 – 12 Jahren ausgeglichen werden.

fördert haben und über einen entsprechend einschlägigen Fach-/Hochschul- bzw. Berufsabschluss verfügen,³ wenn diese bei Beginn der Qualifizierung mindestens über Deutschkenntnisse B2 nach GER verfügen.

Es können nur Qualifizierungen berücksichtigt werden, die im Zeitraum 15. April 2025 bis 14. April 2026 stattfinden.

2.3. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung der Zuwendung

Der Förderumfang beträgt 100 % der angemessenen tatsächlichen Personalkosten für die an der Maßnahme teilnehmenden beschäftigten Person nach S2 Stufe 1 TVöD.

3. Antrag und Finanzierung

3.1. Maßnahme-Zeitraum

Da der Startzeitpunkt der Maßnahme festgelegt ist, den Zeitraum nicht verändern.

Beginn	Ende
15.04.2025	14.04.2026

Anträge die vom 20.03.2025 – 28.03.2025 vorab per Mail an arne.busch@kinder.bremen.de gesendet werden, können auf die Beantragung des vorzeitigen Maßnahmebeginns verzichten, da hier die Bescheide rechtzeitig für die Unterzeichnung der Arbeitsverträge bearbeitet werden.

Anträge die ab dem 31.03.2025 vorab per Mail an arne.busch@kinder.bremen.de gesendet werden, müssen den vorzeitigen Maßnahmenbeginn beantragen, damit nach dem Bescheid über den vorzeitigen Maßnahmenbeginn der Arbeitsvertrag noch rechtzeitig unterschrieben werden kann.

3.1.1 Antrag auf Genehmigung des vorzeitigen Beginns der Maßnahme

☐ Hiermit beantrage ich die Genehmigung des vorzeitigen Beginns der Maßnahme

Der:dem Antragsteller:in ist bekannt, dass ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn auf eigenes finanzielles Risiko erfolgt und eine etwaige Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns keinen Anspruch auf Förderung begründet.

Da die Zustimmung nur in Ausnahmefällen erteilt werden kann, wird der Antrag konkret und detailliert wie folgt begründet (dringende sachliche Gründe im Hinblick auf die antragsbegünstigende Person; geplanter Beginn der Maßnahme):

(ggf. gesondertes Blatt als Anlage beifügen)

3.2. Inhaltliche Beschreibung der Maßnahme

³ analog Fußnote 1

Mit der Zuwendung sollen die unten aufgeführten Mitarbeiter:innen an einer Qualifizierungsmaßnahme für die Tätigkeit in der Funktion einer Gruppenleitung teilnehmen können.
Es wird bestätigt, dass diese Personen über die unter 2.2 benannten Voraussetzungen verfügen.

Übersicht Teilnehmer:innen (ggf. gesondertes Blatt als Anlage beifügen)		
TN Nr.	Name, Vorname	Tätigkeitsort (Name der Einrichtung)
1.	Name, Vorname aller Teilnehmer:innen eintragen	Benennung des konkreten Einsatzortes
2.		
3.		
4.		
5.		

3.3. Kosten der Maßnahme

Übersicht Kosten (ggf. gesondertes Blatt als Anlage beifügen)			
TN Nr.	Personalkosten (TVöD SuE S2 St. 1)	zzgl. Arbeitgeberanteil	Gesamtkosten
1.	Jahreskosten	max. 28 % werden übernommen	Jahresgesamtkosten
2.			
3.			
4.			
5.			
Gesamt			Summe aller Kosten und Teilnehmer:innen

3.4 Einnahmen

Eigenanteil	0
Erwartete Einnahmen	0
Sonstige Einnahmen	0
Gesamt	0

3.5. Finanzierungsplan und beantragte Zuwendung

Ausgaben gesamt (3.3.)	Summe aller Kosten und Teilnehmer:innen
Abzgl. Einnahmen gesamt (3.4.)	0
= beantragte Zuwendung	Summe aller Kosten und Teilnehmer:innen

4. Erklärungen des:der Antragsteller:in

- Nach dem am 1.9.2012 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetz gewähren die Freie Hansestadt Bremen und die Gemeinden Bremen und Bremerhaven sowie Einrichtungen im Sinne von § 4 Landesmindestlohngesetz Zuwendungen gem. §§ 23,44 LHO nur, wenn sich die Empfänger:innen

verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn zu zahlen. Dementsprechend verpflichtet sich der:die Antragsteller:in, ihren:seinen Arbeitnehmer:innen mindestens ein Entgelt von zurzeit 12,29 € (brutto) je Zeitstunde zu zahlen.

NEIN ankreuzen

- **Der:die Antragsteller:in ist vorsteuerabzugsberechtigt:**

- ☐ Ja
- ☐ Nein

- Der:die Antragsteller:in versichert, dass er/sie ordnungsgemäß seine Geschäfte führt.
- Der:die Antragsteller:in bestätigt, dass er/sie anerkannter Träger der freien Jugendhilfe oder dem Grunde nach als solcher anerkannt ist. (ausgenommen: Stadtgemeinde Bremerhaven). Und Kindertageseinrichtungen gemäß §45 SGB VIII betreibt.
- Er:sie erklärt daher, dass nachfolgende Aussagen **unzutreffend** sind:
 - Es wurde oder wird ein Insolvenzverfahren eröffnet.
 - Es liegt eine Verurteilung wegen Bankrotts und/oder Subventionsbetrugs und/oder Steuerhinterziehung vor.
 - Es bestehen Zahlungsrückstände bei Sozialversicherungsträgern.
 - Es bestehen Verstöße wegen tarifvertraglicher Verpflichtungen und/oder der Beschäftigung von Schwarzarbeitern und/oder gegen Arbeitsschutzregeln.
 - Verwendungs- und/oder Zwischennachweise wurden wiederholt verspätet vorgelegt.
 - Zuwendungen wurden wiederholt unwirtschaftlich verwendet und/oder nicht zweckentsprechend verwendet und/oder nicht alsbald verwendet.
 - (Die) Bewilligungsbehörde(n) wurden über einen bereits erfolgten Maßnahmenbeginn getäuscht.
 - Ausgaben wurden nicht belegt.
 - Fristen wurden wiederholt ohne hinreichende Gründe versäumt.
 - Einnahmen und/oder Ausgaben wurden nicht ordnungsgemäß verbucht.
- Der:die Antragsteller:in erklärt, dass er:sie und das von ihm/ihr rekrutierte Personal über die fachliche Eignung und Kompetenz verfügt, die zur Durchführung des Projekts und zur Umsetzung des Zuwendungsziels erforderlich sind.
- Der:die Antragsteller:in erklärt, dass für das von ihm:ihr rekrutierte Personal ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30 a Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) vorliegt.
- Die Bonität des:der Antragsteller:in ist gewährleistet.
- Erklärung zum Datenschutz:

Der:die Antragsteller:in erklärt, dass ihm/ihr bekannt ist, dass die Erhebung personenbezogener Daten zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbots erforderlich ist sowie dass ihm:ihr die entsprechenden Inhalte der Datenschutzinformation nach Art. 13 DSGVO (siehe Anlage), bekannt sind. Ferner erklärt er:sie, dass ihm:ihr bekannt ist, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 2 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft veröffentlicht werden können und das Zuwendungsdaten aufgrund § 11 Absatz 4 Ziffer 5 des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes – BremIFG – im Transparenzportal veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung deswendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Vorlagen des Haushalts- und Finanzausschusses sowie Bürgerschaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlicht. Ferner erklärt der:die Antragsteller:in, dass er/sie das übermittelte Informationsschreiben zur Erhebung von Daten bei Dritten nach Art. 14 DSGVO auch an die betroffenen Beschäftigten weitergeleitet hat.

Händische Unterschrift erforderlich / Antrag muss im Original (Zusendung per Post) vorliegen

Datum, Unterschrift des:der Antragsteller:in